

Einheitspolitisches Mindestmaß. Das **zusätzliche Mindestmaß** des Generals Julius Kuroda erläuterte in einem Gespräch mit dem General Gouverneur der Chinesischen Republik, die Regierung sei entschlossen, daß dieser führt bei Konstruktion, die Regierung sei entschlossen, daß dieses Gesetz aufgestellt wird, wenn die Oberfläche des Ultimatums gegen die Revolutionen der Chinesischen Republik verhindert werden kann. — Aus Rom wird berichtet: Ein **Imperialistisches Gesetz** verhindert über **Waffen** und **Waffen** der Nobilitäten, die große Exkommunikation. Gegen das wurde alle die katholische Kirche geschworen, und zwar, wie das Dokument besagt, auf besonderen Befehl des Papstes. Als Grund sind angegeben, daß Gott sich nicht nur nicht unterworfen, sondern auch widerstehen soll, gegen die päpstlichen Institutionen, in denen **Heilige Schrift** publiziert habe. — Die englische **Gesetzgebung** aus **Salisbury**: Der erste Dragoman des griechischen Konzils Konsuls wurde am Freitag abend auf offener Straße durch zwei Revolverschüsse tödlich getötet. Das Verbrechen wird dem bulgarischen Komitee zugewiesen. — Die Bewohner von jenen bulgarischen Dörfern in der Gegend von **Rumänien** (Bulgarien) vertrieben, die Waffen ab und schwören, daß bulgarische Komitees nicht mehr angreifen.

Ausland.

Moskau.

Deutschlands Erfolge.

Tanger, 8. März. Die moskauitische Regierung sieht Truppen in **Abu Dhabi** zusammen, 200 Mann sind von **Malagasy** dortin unterwegs, weitere sollen folgen. — General **D'Alma** scheint wieder einen englischen Zug unternommen zu haben, die heute von **Galabian** angekommene Reise erzählt, daß vorgestern acht Tage und **1500** Menschen nach **Galabian** gebracht worden seien. **Reisende** wurde noch weiter gefangen.

Paris, 7. März. General **Ballaud** telegraphiert, daß die Umtriebe der Partei, die sich an der äußeren Grenze Süd-Ostens abspielt, als eine Bewegung französischer Hoffnungen angesehen werden. Die Stimme an der Grenze nehm an der Bewegung nicht teil, sondern reisen im Gegenteil Bericht über die Partei, die 4000 Mann umfasst. Es sind alle Maßnahmen getroffen, um einem Angriff an der Grenze entgegenzutreten.

Paris, 8. März. Abu **Malagasy** wird vom 5. März gemeldet, bei **Mulay Hafid** etwa 90 Kilometer von der Stadt entfernt lagerte und das sich bei **Algerien** befindliche Scharen ansonstlich, die unauflöslich waren. **General** von **Algerien**, die **Algerien** erhielten. Der Gouverneur von **Algerien** habe die Nähe des französischen Kriegsministers **Gallie** verlangt, daß vor der Sicht freue und drohe, **Malagasy** anzugreifen, falls keine Fortsetzung nicht erhält würde. Unter den Europäern und der jüdischen Bevölkerung von **Malagasy** herrsche lebhafte Beunruhigung. Die Sache **Malay Hafid** mache auch in **Malagasy** zweifellos Fortschritte.

Europa.

Kapitalistischer Kämpfer.

Washington, 8. März. (S. 2.) Der republikanische Senator von **Indiana**, **Beveridge** war in der gestrigen Senatsitzung für die Einführung eines Gesetzes gegen die Kinderarbeit ein. Er führt in seiner Rede **Sitten** an, die die Folgen der Kinderarbeit als geradezu grauenhaft erscheinen lassen. Danach bilden in den amerikanischen Fabriken jährlich 10 000 Kinder ihr Leben ein, während eine **Billions** Million dieser armen Geschöpfe in jedem Jahr der Degeneration und dauerndem Siechtum verfallen. Professor **Hoover** hat der Einführung einer gegen diese schändlichen Zustände gerichteten Bill seine Unterstützung zugesagt.

Arbeitsentlassungen auf dem amerikanischen Bauern.

Renfrew, 8. März. Nach dem Bericht der Rentenorganisation der Amerikanischen Arbeiterschaft sind seit dem 1. Januar bei den verschiedenen Betrieben im Gebiet der Vereinigten Staaten rund 500 000 Arbeiter entlassen worden. Der Arbeiterschaft nimmt, da die Arbeitsentlassungen fortwähren, an, daß zum 1. April ungefähr ein Drittel des gesamten Durchschnittsbestands des amerikanischen **Gesamtbevölkerungsbestands** geworden sein wird. Die Einkommensabschaffung sei zu der Überzeugung gelangt, daß die gegenwärtige Politik, die Betriebsverschärfung durch Verminderung des Personals anstrebt, den Interessen der Gesellschaft "dienlicher" sei, als **zu hohen** Arbeitsaufgaben mit den sich an sie anschließenden unvermeidlichen Kämpfen.

Japan.

Ein Ultimatum an China.

Beijing, 8. März. Japan überraschte gestern dem Vorsitzenden des chinesischen Rates ein Ultimatum in Sachen der **Verhandlungen** des Dampfers **Tsingtao Maru**. Das **Unschuldige Land** hat keine zur Verhandlung darüber zusammen.

London, 8. März. Dem Deutschen Bureau wird aus **Beijing** telegraphiert: Das **allgemeine Minimum** der japani-

sehen **Militär** und den, die die eigentliche Seele der Armee dar, den Prinzen **Wilhelm**. Der König riet ihm daher, auf einige Zeit nach England zu gehen. Der Prinz folgte diesem Ratschlag. Ein König und ein Prinz läuft in diesem Schulbuch niemals davon, sondern er folgt einem anderen Rade, in die Stunde zu reisen. Die Riedelaristokratie der Freiheit aber, in beiden, die ein Jahr später der Prinz **Wilhelm** verstarb, wird als die Riedelaristokratie der Freiheit in dem aufzuführerischen Lande gesehen. In jenen Wochen hatte der Prinz die Aufgabe gelöst. Das gleiche Schulbuch aber erwähnt auch den 13. Februar, jenen Tag, den Napoleon als General der Revolution über die viermal stärkere Übermacht revolutionärer Helden erjogt und dadurch die Republik rettete. Diese Tatsache drückt der Erzieher der deutschen Jugend so aus: "Einen Pariser Volksaufstand brachte er bald dadurch aus, daß er mit Riedelaristokratie die Aufrührer schickte." Damit ist der Einband fürstlicher Grausamkeit in dem Bewußtsein der Schüler erzeugt, die nicht einmal erfahren, daß Napoleon nicht einen Volksaufstand aus Riede gebracht hat, sondern einen Aufstand gegen das Volk. So in Führung des Aufstands wurden nach dem 13. Februar dem Stadtrecht überlassen. Nun ja hängt sind die Opfer, die Prinz **Wilhelm** in Woden der Riedelaristokratie der Freiheit brachte. Da heißt es nicht: einen Volksaufstand brachte Prinz **Wilhelm** dadurch zur Stube, daß er mit Riedelaristokratie auf die Aufrührer schickte, daß er sie einfärbte und hinrichtete, vielmehr wird die lobende Denkung ausgesetzt: "In jenen Wochen hatte der Prinz die Aufgabe gelöst."

So will eben die deutsche Jugend von Anfang an der Kultur der Freiheit entnehmen. Mit den Lügen einer verfallenen Macht erhält, gewinnen ihre Herzen niemals die Kraft, die allein aus der Freiheit der Freiheit quillt. Das deutsche Volk steht noch kaum an Anfang einer nationalen Entwicklung; denn eine Nation kann nur eine bewußte Gemeinschaft von freien Bürgern sein. Es gibt keine Nation ohne revolutionäre Kultur, ohne die Erinnerung an Freiheitskämpfe. Freiheit, auch in dem deutschen Reichsland der Freiheit, nicht Freiheit für alle! Das ist schon ein Unterschied. Aber die einzige Bewegung, die wenigstens mit dem Wort Freiheit ausgedrückt ist, erinnert lediglich an den ungewöhnlichen Betrag, durch den sich ein Volk nennen ließ, durch den es im Namen der Freiheit in Ketten gelegt wurde. Einmal hat das deutsche Volk für die Freiheit Sterne von Blut vergossen, 1813 bis 1815, für die überwundenen werden sind, durch einen politischen Triumph der

den Forderungen in die Rücklage des Dampfers mit Bewaffnung und die Zahlung einer vollen Entschädigung. Die Erfüllung dieser Forderungen wird binnen angemessener Frist verlangt. Im Falle der Nichterfüllung oder des Ausfalls wird Japan gemäß den Bedingungen des Ultimatums sofort die nötigen Schritte ergreifen. Japan will China überreden, die Sache zu untersuchen, nicht anzunehmen. Es besteht auf einer Entschuldigung wegen der Niederholung der japanischen Flotte auf der **Tsingtao Maru** und will keine Vermittlung annehmen.

London, 8. März. Die chinesischen Behörden versichern, daß die Beschlagnahme der **Tsingtao Maru** auf hoher See erfolgt sei. In diesem Falle würde es sich um keine Verletzung der portugiesischen Gewässer handeln.

London, 8. März. Reuters Bureau erfährt: Da die chinesische Regierung in der Anlegestelle der Beschlagnahme des Dampfers **Tsingtao Maru** unter irgend einem Vorwand die definitive Antwort hinausgeschoben hat, hat die japanische Regierung am 5. März ihre Forderungen wiederholt. Es beharrte auf prompter Antwort und deutete gleichzeitig an, daß für den Fall, daß China nicht antworten würde, Japan sich gewünscht seien könnte, als für den Fall, daß China nicht antworten würde. China antwortete am 6. März. Es drohte wegen der Niederholung der japanischen Flotte sein tieferes Verbot aus und versicherte, daß die verantwortlichen Beamten bestraft werden würden. Wegen der Beschlagnahme der Waffen und der Munition werde es jeder antworten.

Washington, 8. März. Die amerikanische Regierung erwägt, ihre guten Dienste anzubieten, sobald die japanisch-chinesischen Beziehungen ernstlich gesährdet seien.

Trotz der Verstärkung der Spannung ist kaum zu befürchten, daß der Konflikt wegen der überreduzierten Beschlagnahme eines Dampfers auf Schlachtfeldern zum Ausbruch gebracht werde.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

77. Sitzung vom 9. März 1908.

Zunächst wird nach einem kurzen Bericht des Abg. **Andermann** Kapitel 106 des **Gesetzes** debattiert und die mit 43 604 M. einheitliche Abgabenumme einstimmig angenommen. — Sodann wird die Ergänzung zum **Verfügungsgesetz** des Landes-Brandversicherungsanstalt, die eine Wehrabgabe von 14 250 M. für Anstellung einiger neuer Inspektoren bringt, beschlossen.

Es folgt die Schlussberatung über eine Petition des Verbandes sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine wegen Verstaatlichung des gesamten Versicherungsbestands (Berichterstatter Abg. Dr. **Schenk**). Die Petition lädt man ohne wentsliche Debatte auf sich berufen.

Über die Petition des Studentenprofessors Dr. **Gustav Hoffmann** wegen Festlegung des **Osterfestes** berichtet Abg. **Södgel**: Die Petition der Regierung zur Kenntnahme zu überweisen. Aus dem hierzu erstellten schriftlichen Berichte ist das Wichtigste bereits mitgeteilt worden.

Augsburger Abg. **Beck**: Die Bestrebungen auf Festlegung des Osterfestes leiten auf die Vermehrung des Geheimrats **Hörder** in Berlin zurückzuführen, der vor 13 Jahren anlässlich des damals bevorstehenden Jahrtausendwechsels der Welt einen einheitlichen Kalender beiderdeits erläutern wollte. Das Röderische Vorhaben sei zeitig allenfalls begrüßt worden, hätte aber zu einem Ergebnis nicht geführt.

Die jetzigen Schwankungen bei dem Osterfest seien besonders für den Schulbeginn unangenehm, der auf verschiedene Zeiten falle. Es sei zu wünschen, daß hier eine Vereinbarung eintrete. Die Regierung hätte dem Studienrat Dr. **Hoffmann** auch bereits ihre Sympathie zu erkennen gegeben. Es könnte nur wünschen, daß sie bei den möglichen Perioden bald die Überzeugung von der Notwendigkeit der Festlegung des Osterfestes durchdringe.

Abg. **Näßlmann** beantragt, die Petition der Regierung zur Erwagung, mit nur zur Kenntnahme zu überweisen. — Der Antrag wird nicht unterstellt.

Abg. **Langhammer**: Nicht nur die Schule, auch Industrie und Handel würden stark durch die Schwankungen bei dem Osterfest beeinträchtigt, nemlich dann, wenn das Osterfest schon in März falle.

Sodann wird der Vorlage gemäß beschlossen, die Petition des Studentenrates Dr. **Hoffmann** der Regierung zur Kenntnahme zu überweisen.

Rummelsburg über die Petition bezw. Beschwerde des Osterfeierers **Holl** in Oberplanitz wegen Erhöhung seiner Pension beschlossen. Der Petent ist der Ansicht, daß seine Pension von dem Oberhohendorfer Knappfestschörder zu niedrig bemessen worden ist, statt höchstens 80 M. hätten ihm 36 M. angebilligt werden müssen. Der Betrag von 30 M. ist aber später infolge finanzieller Schwierigkeiten der erwähnten Röder auf 18 M. reduziert worden. Der Mann, der infolge einer Verjährung im Jahre 1878 erwidigbar ist, befindet sich jetzt in einer sehr bedrängten Lage. Die Deputation ist zu der Ansicht gekommen, daß auf dem Nachstove hier nichts zu erreichen ist, weil der Knappfestschörder das Recht zu habe, die Unterstüzung herabzulegen.

Abg. **Schiff**: Dem Petenten soll empfohlen werden, die deren Knappfestschörder, die doch in der Regel große Nebenjobs verzeichnen könnten, zu ersuchen, ihm aus eigenen Mitteln die Unterstüzung zu erhöhen.

Abg. **Goldschmid**: Die Petition hätte leider mit Rücksicht auf die Nachfrage einer anderen Person nicht erfahren können. Der Röder Holl ist aber nicht der einzige. Es sind aus ähnlichen Anlässen auch früher schon Prognose geführte worden. Es handelt sich hier um einige Knappfestschörder, die für sich gebildet sind, die Knappfestschörder zusammengefaßt wurden. In dem Falle soll Holl allein man eigentlich die beteiligten Knappfestschörder verantwortlich machen müssen. (Sehr richtig!) Für die Regierung sollte der Holl aber eine Ruhmung sein, darauf zu dringen, daß die Knappfestschörde eine höhere Rente zahle. Nun haben wir allerdings gehört, daß der Oberhohendorfer Knappfestschörder finanziell nicht lebensfähig gewesen ist. Um solche Möglichkeiten auszuschließen, sollten die Kosten angehalten werden, eine Rückversicherung einzugehen, und eine Erhöhung der Beiträge vorgenommen, um in der Lage zu sein, eine höhere Rente zahlen zu können.

Abg. **Allesch**: Seines Wissens sei der Petent von seinem früheren Arbeitgeber, dem Steinloßenscheider Steinhold, in Bodow schon unterstellt worden. Er werde dahin wirken, daß die Unterstüzung von privater Seite auch weiter gewährt werde. Er kennt den Petenten sehr genau. Der Mann sei so weit gesund, könne sich aber nicht betonen.

Abg. **Sack**: Er könne sich den Ausführungen des Abg. **Goldschmid** nur anschließen. Die Vergabezeit würden gern höhere Beiträge zahlen, wenn sie dadurch höhere Rente erlangen könnten.

Ministerialdirektor **Wahl**: Röder, wie der hier erörtert standen vereinigt da. Ihm sei noch kein Vorfall bekannt geworden, der Fall Holl aber ja. Eine Erhöhung der Beiträge könne die Regierung nicht ohne weiteres erreichen, weil die städtische Polizeiverwaltung hält. Auch die Röder ist nicht leicht zu erreichen. Doch ziehe die Regierung einer solchen Anregung Sympathie gegenüber.

Abg. **Bär**: Auch er sei der Ansicht, daß der Mann mit einer zu niedrigen Rente abgefunden worden ist. Man solle Mittel und Wege finden, die Unterstüzung zu erhöhen.

Sodann beschließt die Kammer, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Einige Statthalter und Interpellation des Genossen **Goldschmid**, die Mitgliedschaft der Eisenbahnen am Konsumverein betreffend.

Soziales.

Alkohol und Unfälle. In einem Aufsatz über den Einfluß des Gesundheitszustandes auf die Unfälle betrifft **Broeffer** **Bruxelles** in Paris (Annales d'hygiène 1908) auch den Einfluß des Alkoholismus, und zwar in einer so vor trefflichen Weise, daß seine Ausführungen verdienten, wiederzugeben zu werden.

Der akute oder der chronische Alkoholismus, so führt er ungefähr aus, seien den davon ergriffenen Menschen zahlreichen Unfällen aus. Der Trinker ist unverständig und unleserbar. Seine Gedanken nimmt, wie Pagnier richtig sagt, dem Alkoholiker bei Widerstand gegen das nämliche, man kann hinzufügen, auch den Widerstand gegen eine unbedeutende Handlung. Er kommt nicht mit der Gefahr, er verträgt sie nicht, aber er bedarf sie auch nicht, die Zeit zur Überlegung fehlt ihm dazu; ein Gedanke taucht in ihm auf, er führt die daraus sich ergebende Handlung unverzüglich mit impulsiver Bereitwilligkeit aus, die in leichtem Maße die Widerstände anstreift oder für ihn und seine Kameraden sehr gefährlich sein kann. Zahlreiche Unfälle sind die Folgen solcher unüberlegten Handlungen. Es ist unwiss, dem alkoholischen Verbrechen zu machen. Man nennt ihn unbedeutbar, das ist aber nicht ganz richtig; er handelt, ohne zu wissen, ob er eine Sicherheitsverschuldnachfrage oder ein Reglement verletzt oder nicht. Es ist also mehr als jeder andere der Gefahr ausgesetzt, daß die Verletzung schwerer verläuft. Möglicher, unerklärlicher Tod ist nicht selten die Folge von einschneidend unbedeutenden Wunden. Die Verletzung ruft den Ausbruch eines Anfalls von Säugetrieben hervor; während des Anfalls reißt er sich die Verbinde ab, das Knie steigt, und wenn die Temperatur sich 2 bis 3 Tage über 40 Grad hält, stirbt der Tod ein, oder der Knochen steht manchmal ganz plötzlich infolge der unerklärlichen Ursache, in der er sich erkrankt. In anderen Fällen kommt es, besonders bei alten Trinkern, zu Verblutungen der inneren Organe, zumal der Darm, die Verletzungen in wenigen Stunden fortwachsen können. Ist der verunreinigte Alkoholiker aber auch diesen ersten Unfällen entgangen, so befindet er sich immer noch in einer sehr erkrankten Lage. Infolge des Alkoholismus sind seine Nieren entzündet und verhärtet; das gleiche ist mit der Leber der Fall, oder der Herzmuskel, die Herzklappen, die Gefäße sind stark verändert. Sein Kreislauf ist schwer geschädigt, die Ernährung ist gestört, alle physiologischen Vorgänge sind behindert. Es ist leicht verständlich, daß infolge dieser Ernährungsstörungen die Mundheilung und die Zahnbildung verzögert werden. Dazu kommen oft noch schlechtere Krankheiten, wie die Tuberkulose, die gerade bei Trinkern so häufig ist und durch die allgemeine Schwächung des Organismus den Ausgang von Verletzungen so schwer gestaltet.

So sind denn die Beziehungen des Alkoholismus zu den Unfällen zweifacher Natur: einmal führt er leicht zu Unfällen und vermehrt die Unfallhäufigkeit, und auf der anderen Seite bedingt er einen wesentlich schwereren Verlauf der Unfallfolgen.

Parteianangelegenheiten.

Personalien.

Zu die Redaktion der **Werkleib. Volkszeit.** in Rostock ist Genosse **Arno Brönke** eingetreten, bislang Redakteur an der **Arbeiterzeitung** zu Dortmund.

Gemeinschaftsberufe.

Bei den am Freitag stattfindenden Gemeindewahlen erzielten unsere Genossen in Mariendorf bei Berlin zwei neue Mandate. In Friedrichshagen wurden die sozialdemokratischen Kandidaten in der 3. Klasse fast einstimmig gewählt. Auch in Stolp a. d. Nordbahn und in Beuthen wurden sozialdemokratische Vertreter gewählt.

Unsere Toten.

In München wurde der Genosse **A. Bleibinhaus** bestattet. Ein Menschheitler lang treu für die Parteikämpfte, vor u. a. Mitglieder des ersten sozialdemokratischen Vereins in München, der Maiblume, und unter dem Sozialistengeschlecht eifrig tätig. Am Alter von 64 Jahren ist Genosse Bleibinhaus einer Überbrückung zum Opfer gefallen.

Dresdner Polizeibericht vom 9. März.

Auf einer ihm wegen verspäteter Befreiung beigegebenen Abend in der Vorstadt Grünau ein 13 Jahre alter Schulknabe in die Schloßstraße und verhängte sich an einem Bett. Endgültig er starb nach einer Zeit von sechs Minuten. Ein Mitglied des ausdrücklich ausgewählten Rettungsdienstes kam zu spät. Zwei Minuten später kam ein Nachbar und rettete den Knaben durch Wiederbelebungserfolg ins Leben zurück.

Genosse **Goldstein**: Dem Petenten soll empfohlen werden, die Herren Knappfestschörder, die doch in der Regel große Nebenjobs verzeichnen könnten, zu ersuchen, ihm aus eigenen Mitteln die Unterstüzung zu erhöhen.

Genosse **Wahl**: Röder

Dienstag den 10. März, abends 8½ Uhr

Volks-Versammlung

im Gasthof zu Somsdorf.

Zeitung-Ordnung:

Der Ursprung der Arbeit.

Referent: Redakteur Robert Grötzsch.

Debatte.

Um recht günstiges Ertheilen erachtet

Der Einberufer.

Vierter Reichstags-Wahlkreis

Sonnabend den 14. März, abends 9 Uhr
im Saale der Tonhalle, Glacisstrasse

Gedächtnisfeier zum 25jähr. Todestag Karl Marx'

PROGRAMM

1. Brause, Freiheitsscher . Uthmann | 2. Unsterblichkeit . . . Schulken
3. Vortrag des Reichstagsabgeordneten A. Kaden: **Leben und Wirken Karl Marx' für das Proletariat**
4. Spielmanns Testament . Pfeil | 5. Dem Lenz entzogen . Uthmann

Eintritt frei

Massenhaften Besuch der Arbeiterschaft erwartet

Der Vorstand.

Möbel

Genossen Hildebrand

mit dem infolge Ersparnis der riesigen Laden- und Lagermieten der Großhant betreffend billiger.

Permanentes Lager in Polster- u. Tischler-Möbeln, Stühlen, Spiegeln usw. usw.

Zielgerade wird ergänzt.

Lieferung frei ins Haus.

Mehrjährige Garantie.

Grosse öffentl. Frauen-Versammlung

Freitag den 13. März, abends 9 Uhr
in den Blumensälen, Blumenstraße.

Vortrag des Herrn Dr. Cohn

über:

Der weibliche Körper in Gesundheit u. Krankheit.

Hierauf Fragenbeantwortung.

Bekanntes Ertheilen der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins erachtet. — Güte haben Lust.

D. G.

Lichtbilder-Vorträge für Damen

Mittwoch den 11. März
im Deutschen Haus, Potschappel

■ nur für Damen. — Abends 8½ Uhr. ■

Die Angeniederin

Frau Alma Wartenberg, Hamburg

berichtet über:

Sie erhalten wir uns gesunde Mütter und gesunde lebensfrohe Nachkommenchaft?

Aus dem Inhalt Kinderpflege und Ernährung:

Was und wann müssen wir unsere Kinder in spezielle Fragen auf? — Schuhbedürftige Kleidung, begünstigte Anstrengung. — Ursache der Blutarmut. — Weißfleisch. — Gedärmerkrankung, Entzündung, Füllsel. — Polypen und Krebs. — Die verhindenden Fragen des Kindes. — Schwere Geburten. — Frühgeborenen. — Wie erzielen wir normale Geburten?

Nach dem Vortrage: Fragenbeantwortung.

Eintritt 30 Pf. ■

Nur für Damen! Nur für Damen!

Bau-Schlosser!

Sonnabend den 14. März 1908, abends 8 Uhr

Versammlung der Bau-Schlosser

im großen Saale des Volkshauses, Blumenstraße 2.

Zeitung-Ordnung:

1. Die Entwicklung des Handwerks vom Mittelalter bis hente.

Referent: Arbeitsteilte Genosse Menze.

2. Branchenangelegenheiten.

Bekanntes Ertheilen der Versammlungsgehörigen ist Pflicht.

Der Einberufer.

Soz. Verein
Dresden-Alst.

Gente
Montag abends 9 Uhr
Vorstandssitzung.

Verband der Schneider.

Dienstag den 10. März, abends 9 Uhr

Versammlung

im Volkshaus.

Tages-Ordnung:
1. Das Oberstatut der Stadt Dresden, die Verpflichtungspflicht der Handwerkertreibenden betreffend.
2. Unsere Kämpfe in diesem Jahr.

3. Gewerkschaftliches.

Debatte.

Um plakatives Ertheilen erachtet

Der Einberufer.

Lagerhalter-Verband!

Dienstag den 10. März, abends 9 Uhr

im Volkshaus

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

Unterlagen: Versammlungen betr. — Verschiedenes.

Der Vertrauendemann.

Für Wiederverkäufer!

Osterpostkarten

100 Stück von 1 Mk. an

amt. Posthaus Dresden-Pfeifferstr. 12.

Alle Eiche Fisch-Götz Marienhofstrasse.

Blumensäle

Morgen Dienstag letzter

Lichtbilder-Vortrag

■ nur für Herren ■

von

Reinhold Gerling

Über:

Was der Mann vom Geschlechtsleben des Weibes wissen muss.

Billette für den Vorortlauf bei Gaalenstein & Vogler und in den Blumensälen.

Zur Aufklärung für Mann und Frau!

Grosser öffentl. Vortrag

Über Sicht, Hygiene, Fortpflanzung, Fortbildung, Erziehung, deren Erfüllung und erfolgreiche Behandlung nach einem neuen Prinzip mit Vorführungen an Bildern und Personen auf dem Publikum.

Mittwoch den 11. März, abends 8½ Uhr

im Saale des Hrn. Club Alter Gasthof, Mügeln

Eintritt 30 Pf. ■

Nach dem Vortrage finden Interessante und lehrreiche Erklärungen an Bildern sowie an Auswesenden statt und siehe in aus Augen, Gesichtsausdruck, Haaren und Körperform die Charaktereigenschaften, den Gesundheitszustand fest zum Weibe für meine Ausführungen.

Dieser interessante Vortrag findet nur einmal statt um wieder um recht günstiges Ertheilen höflich gebeten.

Max Schacke

Physiognomiker u. Praktiken d. äusseren Sehnsucht

Dresden, Lützowstrasse 23.

Reichshallen

Salzstraße 13, 1 Win. u. 2. Stock.
Heute Montag

Feiner Ball à la Paris

12 Sind Zappeln 60 Pf.

6 - 30

■ Im Robevert täglich:

R. Kriegsmann, Künstler

Kunst Bilder.

Walzer, Räder

in 1 Std.

genüsslich, angenehm, im großen Parkettlokal, über-

Damen und Herren kann noch am neuen Kurzus teilnehmen

H. Koenecke u. Töchter

nur Bahnhofstrasse 2 (Dr. Sall).

Mutterspritzen

Spülkannen, Leib-

binden, Hammocken

Hilfe bei Störung und als

Frauenartikel

Preis-Liste gratis u. direkt

Rich. Freisieben

■ Postplatz. ■

Wer nicht gehen auf Bierke-

se auf diese Männer Rabatt

Weiner geehrten Kunstschafft zur gefälligen Kenntnisnahme
dass sich meine Geschäftsräume von heute ab
Dresden-A., Pillnitzerstr. 46, I. u. II.

befinden.

G. Rob. Meyer

Waren- und Versandhaus.

Dauernde Existenz für Damen u. Herren

bietet alte angesehene Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, die die Volks-Versicherung mit Wochen- und Monatsbeiträgen be-

treibt. Ausführliche Offerten unter G. R. 89.

Kinderwagen, Sportwagen

viel billiger als in großen Laden-

gesellschaften. Löffengasse 4, pt.

Tele 3 W. Betriebe 3 M. Särm-

häuser, Blaupause zu verkaufen.

Niedersedlitz, Schönbockstr. 18, I.

gewiss. Löffengasse 4, pt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Robert Grötzsch, Dresden.

Verantwortlich für den Intendanten:

Reinhold Gerling, Dresden.

Telefon und Beratung: Robert & Robert, Dresden.

Lehrling

für Rentner gefücht. 2. u. 3.

O. P. 100 an die Erde. 2. u.

Wickelmacherin

gewiss. Löffengasse 4, pt.

Verantwortlich für den Intendanten:

Reinhold Gerling, Dresden.

Telefon und Beratung: Robert & Robert, Dresden.

DFG

I. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Montag den 9. März 1908.

19. Jahrgang.

Nr. 57.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Regierung gegen die Konsumvereine!

Wir haben bereits mehrere Male darauf hingewiesen, daß auf den Volksbüchern hochstrebende Erhebungen angeführt werden, ob die Beamten und Arbeiter der sächsischen Staatsbahn, Konsumvereinen oder ähnlichen Genossenschaften angehören. Diese Schlüsselelemente aber auf sämtliche staatlichen Betriebe ausgedehnt zu sein. Wie man uns mitteilt, ist z. B. in der königlichen Postzollabfertigung in Weissenfels derselbe Urtag getrieben worden, worauf eine Anzahl Beamte den Austritt aus dem Konsumverein bemühte.

Heute sind wir übrigens in der Lage, näheres über die Verordnung zu jener Konsumvereinsfrage berichten zu können. Ein günstiger Wind trieb uns eine Verordnung des Ministers in das Ministerium des Innern auf den Tisch, die in der Sache an die Dienstbehörden der einzelnen Betriebe ergangen ist. Sie hat folgenden Wortlaut:

Bei dem Königl. Ministerium des Innern ist eine Eingabe des Verbandes sächsischer Rabatt-Sparvereine eingegangen, wonach aus Anlaß der bevorstehenden Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten gegen den Zusammenhang der Beamtenversetzung zu Konsum- und Wirtschaftsvereinen Stellung genommen wird und unter Hinweis der schweren Schwierigkeiten, die durch derartige Gründungen dem Kleingewerbe entstehen, die Staatsregierung gebeten wird, die Beamtenchaft aufzufordern, Konsum- und Wirtschaftsvereinen fernzubleiben und sich nicht dessen der von den Rabatt-Sparvereinen getroffenen nötigen Einschränkungen zu bedienen.

Da die Wünsche des positionierenden Verbandes als nicht unberechtigt angesehen werden müssen und die so genannten Rabattgenossenschaften ihren Mitgliedern einen bestimmten, bei der Gemeinde-Sparlasse zu zahlenden Rabatt zu sichern, noch höheren Erfordernissen durch Förderung der Betriebsaufsicht zu dienen, wünscht die Beamtenversetzung hiermit auf Anordnung des Königl. Ministeriums im Sinne der Petition der sächsischen Rabatt-Sparvereine über Verhältnisse verhandelt und bewilligt seine Kenntnisnahme durch Unterschrift zu bestätigen. Königl. Ministerium des Innern.

Was wird ohne weiteres verstehten, was eine solche "Verständigung" gegenüber den sich abhängig fühlenden Staatsbeamten und -arbeitern zu bedeuten hat, und wohl auch bedeuten soll. Das Vorgehen des Ministeriums muß unerhört genannt werden! Es ergeht in ungünstiger Weise der Partei für die arme Bevölkerung eine Wolltrotz. Die Regierung versetzt ihren miserabel begangenen Fehler ebenfalls ein reichsgerichtlich garantiertes Recht, womit sie nach der gesetzlichen Rechtsprechung zweifellos gegen die "guten Sitten" verstößt. Wir können nur wiederholen: die Angestellten mögen sich nicht beschließen und einschließen lassen, sondern ruhen ihrem Konsumverein treu bleiben. Kein Zweifel, auch keine südländische Regierung kann ihnen die Wolltrotz bestreiten! Aber etwas möglich ist, wenn keine Frau Wolltrotz werden kann, und die "Verständigung" besteht legen.

Die ganze Aktion steht übrigens im Widerspruch mit der Artikulation im Landtag abgegebenen Erklärung des Ministers Grafen v. Hohenholz. Er meinte, auch diejenige Regierung könnte noch auf dem Standpunkt, den der frühere Minister v. Seydel im Jahre 1908 in einer Verordnung an den Dresdner Gewerberat in der Sache vertreten habe. Diese Verordnung liegt aber ausdrücklich, daß den Konsumvereinen usw. gegenüber „völlige, strengste Neutralität“ zu beobachten sei. Die Regierung habe infolgedessen darauf, daß diese Vereine nicht unter Benützung von staatlichen Einrichtungen begünstigt werden. Von Hohenholz' Verordnung aber schlägt die Grundidee direkt ins Gesicht! Seine "Verständigung" der Angestellten hat den offensuren Zweck, den Rabatt-Sparvereinen die Konsumvereinsmitglieder zuguttreiben. — Im Landtag wird zumindest durch die Interpellation Goldsteins die Sache zur Sprache kommen.

Wahlrechtswirrwarr.

Die Meldungen über die Regierungserklärung in der außerordentlichen Wahlrechtsdeputation sind inzwischen von verschiedenen Seiten verblüfft als richtig bestätigt worden. Das Leipziger Tageblatt ist in der Lage, die Sensation noch um einige Details zu bereichern. Es heißt da:

Dem Entschluß des Grafen Hohenholz, der Verschiebung und Verplausiblatur der Deputationsarbeit ein Ende zu machen, ließen keinerlei und nähmliche Entschluß, es eine Konferenz beim Minister des Innern vorzugeben. Und dieser Konferenz, deren Regel wohl nicht ganz klar sind, den geschilderten Händen des konserватiven Führers unbedingt geblieben ist, muß ein entscheidender Einfluß auf die neue Taktik der Regierung vor allem aber auf die besondere Stellungnahme des Grafen Hohenholz geblieben sein. Die Reformvorhaben selbst ausgemacht werden. Zu dieser wichtigen Verhandlung der Entscheidung waren nicht nur Deputationsmitglieder eingeladen, sondern auch, natürlich, die Fraktionärführer der Parteien und außerdem noch andere Abgeordnete. Wiederum muß man mit Bestimmtheit annehmen, daß diese Beratungen wieder eine völlige Älterung der Situation, nachdem sie auch nur die Stimmung in der Wahlrechtsdeputation und in den Rätselkabinett getrennt zum Ausdruck gebracht haben. Ganz sicher war es absolut nicht zu erklären, wie der Minister in der Deputation dazu hätte kommen können, die reinigende und föderale Wirkung seines entstrebten Aufstreis zu fördern, doch er dem einzigen von Partei wegen offiziell vorgelegten Reformplan, dem nationalliberalen Proportionalwahlvorschlag ohne kommunales Deputationssegment, eine so entschiedene und vielleicht noch einmal sehr hinderliche Abfrage zuteil werden ließ. Da es doch so gut wie ausgeschlossen ist, daß der Minister die großzügigste Fraktion der zweiten Kammer hat befürworten wollen, bleibt nur die Annahme übrig, daß er sich über die Wirkung seiner Erfüllung auf die Fraktion der Nationalliberalen im Jurius befinden haben muß. Nun weiter beweist dies, daß die Rechtfertigung der ersten Konferenz, ihre informatorische Bedeutung, hinfällig werden muß, wenn ja böse Ergründungen entstehen können. Es stehen doch nunmehr zwei Erklärungen einander gegenüber, die national-liberale und die ministerielle, die vorläufig unvereinbar sind. Dabei ist immer zu betonen, daß von anderer Seite überhaupt kein fraktioneller Vorschlag da ist. Denn gerade das hat die Arbeit der Deputation bisher so verschleppt, daß ungemein schwierige Verhandlungen einzelner Deputierter aufge-

troffen und besprochen worden sind, worauf sich dann schließlich noch jedesmal herausgestellt hat, daß die Vorschläge nicht einmal die Majorität der eigenen Fraktionen der Deputationsmitglieder hinter sich hatten. Es wird also hier ein großes Maß von persönlichem Opfermut der nationalliberalen Abgeordneten, insbesondere der Deputationsmitglieder nötig sein, um nach der scharfen Regierungserklärung noch bei der Sache nach Verständigungsmöglichkeiten einzutreten. Wenn dies trotzdem hoffentlich geschafft, so ist allein die Rücksicht auf das große Ziel dafür bestimmt und die Erfahrung zeigt, daß andernfalls die ganze Reformarbeit vernichtet sein würde. Man soll schließlich auch von der Partei nicht sagen, daß sie vorsichtig und vor Eröffnung aller Mittel die Hände in den Schoß gelegt habe.

Manches in dieser Darstellung bleibt etwas dunkel. Man erkennt aber daraus, daß dem Vorgehen des Ministers in der Wahlrechtsdeputation eine Konferenz mit den Parteiführern vorangegangen ist. Ob die Herren Nehmetz, Opp., Schill u. s. w. ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen gegeben haben, wird nicht gesagt. Wäre das aber der Fall, hätte bei Verurteilung der Regierungserklärung doch ein wichtiges Moment hinzugefügt. Es geht aus dem P. T. weiter hervor, daß der Minister einen nationalliberalen Vorschlag für Einführung eines Pluralwahlrechts mit Proportionalwahl abgelehnt haben soll. Auch davon ist bis jetzt noch nichts bekannt gewesen. Nach der Darlegung des P. T. könnte man fast zu der Ansicht gelangen, der Vorstoß Hohenholzs richte sich besonders gegen die Nationalliberalen. Dagegen spricht aber manches anderes. Die Situation ist also noch sehr verworren. Die nächsten Tage werden hoffentlich Klarheit bringen, namentlich ist das von der Verhandlung über den freisinnigen Antrag für öffentliche Deputationsfunktionen zu erwarten. Nach andern Zeitungsaufrügern soll übrigens durch die Nationalliberalen eine ausreichende Unterstützung des freisinnigen Antrags gestichert sein.

Mittelständler und Wahlrechtsreform.

In einer Versammlung der Mittelstandsbereinigung, die in Leipzig tagte, hat der Landtagsabgeordnete Enke über allerhand Mittelstandsfragen geredet, darunter auch über die Wahlrechtsreform. Die Mittelstandsbereinigung lehrt, es führe Herr Enke aus, auf dem Boden der Regierungssoziologie, weil durch die Verhältniswahl dem Mittelstand am besten die Möglichkeit geboten werde, Vertreter in den Landtag zu entsenden. Die Liberalen scheinen sich nach seiner Meinung nur auf dem Grunde für die Wahlrechtsreform ins Zeug zu legen, weil es für sie ein Voraussetzungsmittel sei. Es habe von Io mandem Liberalen gesagt, daß die Wahlrechtsreform eigentlich ganz aufzugeben wären. Damit wollte er allerdings den Liberalen durchaus nicht den Vorwurf der Heuchelei machen. Der Abg. Opp. habe erklärt, die Verhältniswahl sei für die Konserovation unannehmbar, während die Liberalen auch gegen die Wahl durch die Bezirkverbände Einstellung genommen haben. Der Wahlrechtsdeputation sei aber von einer Seite eine aus Wahlrechtsordnungen unterbreitet worden und da die Regierung sich bleibe, so bestätige begründete Aussicht, daß die Regierungsvorlage angenommen werde. Der Herr Landtagsabgeordnete Enke zieht aber den Vorfrieden in der Wahlrechtsabstimmung beißlich nicht zu tragen, denn er fügt hinzu: Sollte allerdings, wie mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden ist, die Wahlrechtsreform abgelehnt werden und mit der andern Seite des Vorlasses zur Annahme gelangen, dann ist für die Sache unanträglich, da sie die Sache unanträglich, da sie die Sache eigenständig nur bei einem Teil des Vorlasses, die Wahlen durch die Bezirkverbände betreffend, wegen der Verhältniswahl mit in den Kasten genommen hat. Die Regierung werde aber ihren Vorschlag über die Zahl der durch die Bezirkverbände zu wählenden Abgeordneten in dieser Höhe kaum aufrecht erhalten können. Den Konterventionen könne man es allerdings nicht verdenken, wenn sie zu verbünden suchen, daß ihr Beizklammt sich durch eine Wahlrechtsreform nicht verringere. Die anwesenden Mittelständler forderten dieser von Hirsch und Hoffmann erfüllten Rede Beifall.

Bon der Straßenbahn.

Die Gefahrsteilnahme der Monate Januar bis mit Oktober bestand sich auf 126 620 622 M. Gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1906, in dem 120 869 961 M. vereinommen wurden, sind dies 5 750 761 M. oder 4,8 Proz. mehr. Es entfielen auf den Personenverkehr 42 920 632 M. (gegen 42 345 494 M.) bei einer Verförderung von 69 391 224 (gegen 67 925 329) Personen und auf den Güterverkehr von 38 099 987 M. (gegen 38 524 367 M.) bei einer Verförderung von 27 041 780 (gegen 25 291 708) Tonnen Güter.

Chemnitz. Mit der Meldvorlage betreffend Errichtung eines städtischen Lichts- und Lufthabes ist sich fest, daß Stadtverordnetenkollegium zu beschäftigen. Der für eine solche Anlage nötige Platz ist im Zeitgewalde vorgesehen, ist 132 Meter tief und umfaßt 8000 Quadratmeter, wodurch der kleinere Teil für Frauen, der größere für Männer benutzt werden soll. Der freie Platz vor dem Gebäude enthält in der Mitte ein Wasserbecken, das aber nur der Erfrischung dient. Zu letztem Zwecke sind Duschen vorgesehen. Ein Teil des Platzes wird mit ägyptischen Bildern versehen. Auch Tarngerüste sollen angebracht werden. Der Verfassungsausschuß empfahl dem Kollegium, mit der Errichtung eines Lichts- und Lufthabes im Zeitgewalde einverstanden zu sein und die Kosten in der Höhe von 58 900 M. aus Mitteln der Anteile zu bewilligen. Der Vorschlag fand Genehmigung.

Plauen i. B. Infoso allgemeinen Rückgang des Viehpriests hat die heile Fleischherstellung dem Rat bekannt gegeben, daß die Preise für Fleisch und Wurst um 10 bis 15 Pf. das Stück herabgesetzt werden. So wird z. B. das Stück Schweinefleisch 70 bzw. 80 Pf. kosten. Die Annahme hat den Ratstadel erlaubt, durch Beamte darüber wachen zu lassen, daß auch in allen Läden die Preisherabsetzung durchgeführt wird.

Zwickau. Der Viehmarkt hat den Bau eines Kreisforums nach den Vorschlägen des Stadtbauamtes beschlossen.

Nach erfolgter Zustimmung der Stadtverordneten und Genehmigung des Ministeriums des Innern wird sofort mit dem Bau begonnen.

Meine Nachrichten aus dem Lande. In dem Nördlichen Steinbruch in Oberwärtha wurde der 50 Jahre alte Steinbrecher Ernst Weiß aus der heiligen Zechmühle eine würdevolle verlegende Ödmutter unterbrachte, als sich plötzlich der Spiegelzirkus entzündet. Die losgelösten Geistermaschen zerstörten Weißes den Kopf vollständig, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — In Marktredwitz kam es zu einem Freitag zu einer Kohlengasvergiftung in der Kirche. Während der Abendfeier entzündeten infolge eines Defekts eines Siedler-Kohlenofens, wodurch es dem amtierenden Weihbischof unwohl wurde, so daß er die Kirche verlassen mußte. Über auch bei den Gottesdiensten, die sich vor dem Dünkel in einem Raum hinter die Orgel geflüchtet hatten, machten sich die Folgen der Gasfütterung in bedenklicher Weise bemerkbar. Einige wurden beschwipst, andere konnten sich kaum noch fortbewegen. Einem Teil der Knaben gelang es, auf die Straße zu kommen, wo sie in die Wohnung ihres Eltern getragen werden

müssen. Einige Männer brachten dann in die Kirche und holten die übrigen Knaben noch heraus. Vergleichs Höhe war bald zur Größe. — Der Bahnarbeiter Schmidt wurde bei einem Eisenbrudel in die Bahnhofsarresthalle entzogen und dem Amtsgericht Großenhain übergeben. Schon einige Male war in die Arresthalle eingebrochen worden, doch konnte man dem Bruder nicht befreien, bis der Bahnarbeiter sich auf die Lauer legte. Der Täter war durch einen Fenster eingelassen und entfloß, als er sich entdeckt sah, vergaß aber irgendwo seine Tasche, die ihm zum Verdacht wurde. — Ein Soldat stieß mit Absicht unterwegs in Leipzig an in der Alleestraße in L-Reutte wohnhaften 45 Jahre alten Arbeiter, indem er in den Schwanenteich sprang. Der Mann wurde lebend wieder herausgezogen, zunächst nach der Sanitätswache und von dort in das Krankenhaus gebracht. — Am Freitag wurde auf der nach Hilbersdorf führenden Straße der 37 Jahre alte Handarbeiter Lehne aus Hilbersdorf tot aufgefunden.

Stadt-Chronik.

Polizei, Justiz und Volksbildung.

Vor einigen Jahren wurde dem Dresdner Volksbildungsverein, jetzt Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege e. V., durch die Polizeibehörde mitgeteilt, daß von nun ab den Bildungsbestrebungen der Vereinigung von den Behörden nichts mehr in den Weg gelegt werden sollte. Bis dahin stand der Verein unter dem Vereinegebot und alle seine Veranstaltungen wurden überwacht. In dieser ganzen Zeit erbrachte er aber den unwiderrückbaren Nachweis, daß ich der vorwärtsdrängenden Menschenrechte nicht in Jesu Jesu Jüden läßt, daß seine Macht der Erde einstandt ist, daß Schonen der unteren Volksklassen nach Bildung und Freiheit, den Bildungsunterstützungen und Ausnahmegesetze einzuhören. Der denkende Arbeiter sieht seiner Nachtruhe die Stunden ab und sieht hinter Bildern, um die Wahrheit zu finden, denn ohne ihre Erfahrung wird er von Zwecklos und unzureichend und findet sich in der Welt nicht zurecht. Hat er aber die Erfahrung der Wahrheit gewonnen, dann wird ihm das Verbrechen der herrschenden Klasse an seiner Klasse offenbar und er hält es für ein ebenso großes Verbrechen, das errungene Wissen für sich zu behalten. Er will hingehen und seinen Klassenangehörigen die elende Lage vor Augen halten und ihnen den Weg zum Besseren zeigen. „Geyer“ sagen dann die Freunde der Arbeiter und die mancherlei Wachmittel des Kaiserstaates werden angewendet.

Als folges nach man auch die Anklage betrachten, die wegen Vergehens gegen das „Jagd“ gegen unsere Geistesgenossen Eger jun. und Bildhauer Hummel erhoben wurde. Es war aber noch ein Dritter als Angeklagter erschienen, und zwar der Stadtor Ludwig Hammel aus Bielefeld. Die Angeklagten sollen am 15. Dezember v. Z. eine Versammlung, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßtigen wollte, einberufen haben. Es handelte sich um einen der von der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege stattfindenden Freien Jugendabend im Restaurant zur Börse, Leipziger Straße. Die Geistesgenossen Eger jun. und Bildhauer Hammel standen dem Jugendabend und Geistesgenossen Menzer hielt ein Referat über „Moderne Weltanschauung“. In der Hauptverhandlung vor dem heiligen Schöffengericht erklärte der Angeklagte Hammel, nur die Götter würden es, wie er zu der angezeigten Forme. Das Blatt wird bald gelöst, es liegt mir eine Veröffentlichung vor. Die Anklage geht eigentlich dem Geistesgenossen Hermann Hammel, Bildhauer im Bielefeld Konsumverein.

In der Hauptode handelt es sich darum, ob der von Menzer gehaltene Vortrag wissenschaftlichen Natur war oder nicht. Um dies festzustellen, wurde Geistesgenoss Menzer aufgefordert, seinen Vortrag am Gerichtsstelle nochmals in seinem Vorwitzigen zu wiederholen. Menzer kann dieser Auflösung nach und seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß es sich hier um einen rein wissenschaftlichen philosophischen Vortrag handelte. Auch das Gericht kam zu dieser Übereinstimmung, der Vorwitzige bemerkte jedoch, es werde behauptet, daß M. am Schlusse seines Referats die „sozialdemokratische Weltanschauung“ propagiert habe. Menzer meinte mit Recht, daß es ja nur eine sozialistische Weltanschauung gebe, daß er mit seinem Worte von der Sozialdemokratie gesprochen habe. Gendarmerie der politischen Abteilung, Rückenmeister, war zur Überwachung des Jugendabends bestimmt worden. Er bestätigte als Zeuge, daß der Stadtor Hammel der falsche Angeklagte sei. Im übrigen forderte seine Vernehmung nichts wesentlich Neues zukäme. Eingeschlagen wurden die Organisationsverhältnisse der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege erörtert. Menzer und Eger machten geltend, daß nicht sie die Einberufer seien, sondern doch sie vom Einberufer — Geistesgenoss Wäger — nur zur Leitung des Jugendabends bestimmt worden. Das Gericht beschloß die Vernehmung des Geistesgenossen Wäger. Er bekannte sich als Einberufer und machte geltend, daß er es nicht für nötig gehalten habe, den Jugendabend anzumelden. Sämtliche Parteien und Gewerkschaftsangehörige seien Mitglieder der Vereinigung und hätten deshalb das Recht, an den Versammlungen teilzunehmen. Aus dem öffentlichen Einladung in der Arbeitzeitung könne man noch nicht auf die Offenheitlichkeit der Vernehmung schließen, denn die meisten Hörer seien Mitglieder der Vereinigung. — Rechtsanwalt Giese hielt ein wortreiches Plädoyer, in dem er auf die Kulturohreit der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege erörtert. Menzer und Eger machten geltend, daß nicht sie die Einberufer seien, sondern doch sie vom Einberufer — Geistesgenoss Wäger — nur zur Leitung des Jugendabends bestimmt worden. Das Gericht beschloß die Vernehmung des Geistesgenossen Wäger. Er bekannte sich als Einberufer und machte geltend, daß er es nicht für nötig gehalten habe, den Jugendabend anzumelden. Sämtliche Parteien und Gewerkschaftsangehörige seien Mitglieder der Vereinigung und hätten deshalb das Recht, an den Versammlungen teilzunehmen. Aus dem öffentlichen Einladung in der Arbeitzeitung könne man noch nicht auf die Offenheitlichkeit der Vernehmung schließen, denn die meisten Hörer seien Mitglieder der Vereinigung.

Meine Nachrichten aus dem Lande. In dem Nördlichen Steinbruch in Oberwärtha wurde der 50 Jahre alte Steinbrecher Ernst Weiß aus der heiligen Zechmühle eine würdevolle verlegende Ödmutter unterbrachte, als sich plötzlich der Spiegelzirkus entzündet. Die losgelösten Geistermaschen zerstörten Weißes den Kopf vollständig, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — In Marktredwitz kam es zu einer Kohlengasvergiftung in der Kirche. Während der Abendfeier entzündeten infolge eines Defekts einem Siedler-Kohlenofen, wodurch es dem amtierenden Weihbischof unwohl wurde, so daß er die Kirche verlassen mußte. Über auch bei den Gottesdiensten, die sich vor dem Dünkel in einem Raum hinter die Orgel geflüchtet hatten, machten sich die Folgen der Gasfütterung in bedenklicher Weise bemerkbar. Einige wurden beschwipst, andere konnten sich kaum noch fortbewegen. Einem Teil der Knaben gelang es, auf die Straße zu kommen, wo sie in die Wohnung ihres Eltern getragen werden

keben · Wissen · Kunst

gäster Zustand der Unterleibsgänge habe sich bei dem Soldaten nicht bestätigen lassen. Das Schreien könnte auch nervöser Natur sein und brauche nicht unbedingt von dem Wurf an den Zeit begrenzt werden. Allerdings müssten momentane Schmerzen bei der Schwere des Pantoffels entstanden sein. Ich glaube aber nicht, daß durch den Wurf nachteilige Folgen entstanden seien. Das Gericht nahm an, daß der Augenfliege nicht bis Höhe gehe, den Soldaten zu treffen und daß die Weißbartsen nicht eine direkte Holzgerückschwingung des Wurfs, sondern möglicherweise aus "Selbst-Suggestion" zurückzuführen seien (1) und nahm nur "unverdächtigende Behandlung" an. 1 Woche Mittelalter ist mir die Sicht für den Wurf mit dem lebernen Pantoffel (1)

Neues aus aller Welt.

Berlin, 8. März. Seit einiger Zeit wurden weite Strecken der Reichshauptstadt und ihrer Vororte durch zahlreiche Schadenfeuer beunruhigt, die offenbar auf böhmische Brandstiftung zurückzuführen waren. Es ist nun gelungen, einen Brandstifter am frühen Morgen zu überreden und zu verhaften. Sonnabend früh gegen 7 Uhr bemerkte ein Dienstmädchen, daß ein Mann verdeckt einen an der Wand eines Holzschranks in der Halbeinküche errichteten Stoß Papier und Dachpappe mit Streichhölzern in Brand gelegt. Sie benachrichtigte den Portier Günther, der zunächst das Feuer löschte und dann die Jagd auf den entfliehenden Täter aufnahm. Es wurde bald eingeholt und der Polizei übergeben. Die Person des Brandstifters wurde von der Polizei als die des beißtückungsfähigen Dekorateurs Otto Bauer aus Schönberg festgestellt. Der Brandstifter ist 37 Jahre alt, macht den Eindruck eines Gelehrten; auch ist er bereits im der Justizanstalt im Treptow an der Riga interniert gewesen.

In der Friedrichstraße brach mitsamt ein Dachstuhlbrand aus, der wieder auf Brandstiftung zurückgeführt wird.

In der Friedrichstraße wurde mittags ein Dachstuhlbrand aus, der welches auf Brandstiftung zurückgeführt wird.

Mus der Umgebung.

Möhsche. Die Aenderung des hiesigen Gemeindewahlrechts stand auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Beiratsausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Stadt. Schon lange beschäftigt diese Angelegenheit die Amtshauptmannschaft. Den Anlaß gaben Beschwerden einer Anzahl Einwohner. Das Wahlrecht des Einzelnen richtete sich bisher nach der Höhe der Grundsteuer und nach dem Grundbesitz. Unter der Steuer wurde aber nur die Grundsteuer verstanden, die Einwohnersteuer blieb unberücksichtigt. So war es mit der Zeit geskommen, daß der alte Ortsteil Möhsche im Gemeinderat das Übergewicht behielt, während das Villenviertel Königswalde die Steuern aufzubringen hatte. Königswalde bezahlte 85 Prozent, Möhsche nur 15 Prozent der Gemeindesteuern. Die Amtshauptmannschaft war nicht in der Lage, einen Zugang hinzu einer anderen Zusammensetzung der Gemeindevertretung auszüglich zu erhalten, erst seit dem Bau des Gemeindehauses wurde die Gemeinde dazu gezwungen, daß sie selbst zu ändern. Der Rat der Amtshauptmannschaft, der künftigen Zusammensetzung des Gemeinderats die Gemeindeleute zugrunde zu legen und eine Klasseneinteilung vorzuschreiben, wurde nicht befolgt, auch der weitere Vorschlag, die Gruppe der Haushalter in mehrere Klassen einzuteilen, blieb unbeachtet. Dagegen überzeugte fürsichtige der Gemeinderat ein neues Säntz, daß ein Vierklassensystem vorliegt. In Zukunft sollen danach die Haushalter 4, die Härtner 2, die Hausschäfer 7 (! bisher 5) und die Haushälterin ganze 4 Vertreter in den Gemeinderat entsenden dürfen, so daß er insgesamt aus 17 Personen bestehen würde. Eine Klasseneinteilung der unanständigen nach größeren und kleineren Einkommen, wie es die Amtshauptmannschaft wünschte (!), war unterblieben. Um ledigen Augenblick hat man noch einmal daran herumgedoktert, infolfern jetzt zur Kasse der Hausschäfer auch die Besitzer unbewohnter Grundstücke gehören sollen. Diese Bestimmung gibt nach Ansicht der Amtshauptmannschaft zu Bedenken Anlaß, denn es gibt in unserer Gemeinde 65 Stimmberechtigte, die unbewohntes Land besitzen, und es könnte leicht der Fall eintreten, daß die Hausschäfer ein größeres Wahlrecht als die Hausschäfer hätten. Der Amtshauptmann schlug deshalb vor, daß ohne in die Autonomie der Gemeinden eingreifen zu wollen, der Gemeinde die Abänderung dieser Bestimmung doch empfohlen werden soll, am Platze der Hausschäfer nur die Besitzerbesitzer einzurechnen, die unter 25 Al. haben. Der Beiratsausdruck stimmt dem zu und gewünschte im übrigen das Ortsstatut. — Wie man sieht, streiten sich lediglich die Herren vom Beirate um

Lößnitz. Am Blutergötzung verstarb plötzlich der hier wohnende Zimmermann Otto Hentschel. Er habe sich an einem verrosteten Nagel die rechte Hand geringfügig verletzt und das nicht beachtet. Er verstarb nach einigen Tagen an leichten Schmerzen im Carolahause zu Dresden, wohin man ihn gebracht hatte.

Sichtwitz. Hier wurde an der Fahrstelle der Leichnam des Gutsbesitzers Sch. entdeckt. Seit vorigem Montag war er verschwunden.

Gößnitz. Montag der 9. März, abends 7 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Klausendorf bei Köthenbroda. Ein Zeichen der Zeit! Zu den hier frei werdenden zwei Schuhmachersstellen hatten sich nicht weniger denn 100 Bewerber gemeldet. Bei 900 Mark Anfangsgehalt neben freier Wohnung und Heizung, wohin aber noch der Hausmannsdienst im Gemeindeamt vertheilen werden muß. Also eine nicht gerade fürstliche Belohnung!

Gerichtszeitung.
Militäraericht.

Ein ganz unverhältnismäßiges Urteil ist vom Kriegsgericht der 32. Division in einer Weis handlungslücke gefällt worden. Die Anklage richtete sich gegen den Unteroffizier Karl Arthur Binske vom 12. Pionierbataillon. Am 7. Januar, nachmittags, glaubte der Pionier Binske hören, daß der Unteroffizier nach einem seiner Kameraden rufe. Er häufte dem Mann zu Hause ins Zimmer. Der Unteroffizier hatte mit

Gerichtszeitung

第四章

Ein ganz unverhältnismäßiges Urteil ist vom Kriegsgericht der 32. Division in einer Weisungsbefehlsstelle gefällt worden. Das Gericht richtete sich gegen den Unteroffizier Karl Arthur Klink vom 12. Pionierbataillon. Am 7. Januar, nachmittags, glaubte der Pionier Klink zu hören, daß der Unteroffizier nach einem leiseren Kameraden rufe. Er händte den Mann zu Klink ins Zimmer. Der Unteroffizier hatte nicht gerufen und ließ Klink, als er erkennen habe, daß dieser den Soldaten herangeleidet habe, zu sich kommen. Als Berger über die Störung schweinte er ihm dann, als Klink dicht vor ihm stand, seinen gewichschwerten ledernen Pantoffeln gegen den Unterleib. Der Soldat wurde schwer getroffen, hob erst den Pantoffel auf, stellte ihn an und stieß und verließ dann, sich den Unterleib haltend, weinend das Zimmer. Am Abend sagte er dem Hausschaffner, daß er es vor Schmerzen nicht aushalten könne. Am andern Morgen war es ihm unmöglich worden mit Klink; er bat den Unteroffizier, sich frank melden zu dürfen. Der redete dem Soldaten gut zu, er solle sich nur nicht frank melden und bis zum Sommer warten. Da gäbe es „Schöne Bummeldien“, er Klink, mürde schon eins erwischen. Der Soldat, in dem Verstreben dem Unteroffizier keine Unzuchtshandlungen zu bereiten, gab von ein-

berichtswmeldung ab und vertratete seinen Dienst weiter. Nach dem Tode ging's aber nicht mehr und der Soldat lag sich gesprungen, die Kleidungsstücke auszuziehen. Auch kam natürlich auch die Wissensbildung an den Tag, worauf Anklage gegen den Unteroffizier erhoben wurde. Nach dem endgültigen Aufenthalte war der Soldat wieder dienstfähig. Nun in einigen Tagen ging's aber wieder los; Känts musste sich dagegen erbrechen und fuhr am 29. Januar ins Lazarett, wo er ganze Woche verblieb. Noch am letzten Tage seines Aufenthalts im Lazarett soll er im Abort einen Schwedensauß erlitten haben und die Absonderung gefallen sein. Die Schmerzen im Unterleib haben

die Abschaffung gelungen seien. Sie bewirken im Unterlande bereits nach und nach gesetzliche und volkstümliche Maßnahmen und beim Turnen wieder aufzutreten. Minns erklärte mit aller Bestimmtheit, daß er nie an solchen Verschwörungen gehilft. Vor der Misshandlung habe er wohl Schwindelansäße, doch nie Leibesstrafen und Erbreden gehabt. Der Angeklagte gab an, daß er den Soldaten nicht habe treffen, sondern mit einem Schwertschlag habe abgehen wollen. Staatsrat Dr. Gemmell

Verfammlungen.

Zschwitz. Unsere letzte Mitgliederversammlung fand am 29. Februar in Leisches Restaurant statt. Genosse Rieger hielt über: Thomas Morus und seine Zeit. Seinen interessanten Ausführungen folgte man gespannt. Lebhafter Beifall dankte ihm. Der Bericht der Gemeindevertreter von Zschwitz erstaunten die Genossen. Bernstein und Schauer. Bernstein machte einige Ausführungen über den diesjährigen Haushaltplan und über die von der Mehrzahl der Gemeindemitglieder abgelehnte Petition: Übernahme der Armenlasten auf den Staat her. Schauer berichtete über die geplante Vergrößerung und den Neubauungsplan der vorderen Grundstücke. Besonders rügte er aber die Unzulänglichkeit der Einwohner im bezug auf den Besuch der öffentlichen Gemeindeversammlungen. Mehr Interesse am Gemeindeleben müsse erweckt werden, denn dazu sind die öffentlichen Sitzungen ba. Ferner gab er bekannt, daß wir in folgenden Ausschüssen vertreten sind: Aufsager, Armen-, Beleuchtungs-, Wasserwerks-, Verfassungs-, Wald- und Sparkassen-Ausschuß. Begitätsleiter Unger berichtete dann über den zu erhebenden Extrabeitrag zu Wehrwägen. Heiter soll er sein, doch am 15. März im Hotel Denniz eine Volksversammlung stattfindet, in der Genosse Rieger das letzte Mal vor seinem Ausscheiden aus Dresden sprechen wird. Mit der Aufforderung, sich nicht wie bisher an allen Feierlichkeiten zu beteiligen, erfolgte Schluss.

Wetterbericht von der Wetterstube an der Augustusbrücke
am 9. März, mittags 12 Uhr.
Barometer: 747. Verdampfbar.
Thermometer: +9° R.
Thermometrograph: Min. +2. Maxim. +2.

Betterprognose des Sch. Meteorologischen Instituts zu Dresden
Für den 10. März 1906:
Wormsigend trübe mit Regenschauern; gänzlich Party Weihnachtswetter.

Ապրելու ուժը տաքածիկ ցընաւում:

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Montag den 9. März 1908.

19. Jahrgang

Nr. 57.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eine blamable Abbitte.

In der letzten Nummer der Ametse, dem Verbandsorgan der Porzellanarbeiter, befindet sich folgende bezeichnende Erklärung: „Ich habe in einer Versammlung des Gewerkschafts der graphischen Berufe in Annaburg am 13. November 1907, zu der auch Güte Kärtner hattent, die Verbandsvorstände des Porzellanarbeiterverbandes waren, behauptet, der Verbandsvorstand des Porzellanarbeiterverbandes Wollmann, habe in einer Versammlung in Annaburg im Jahre 1897 seines Verlornen in den Verband aufgenommen, daß die Eintrittsgelder von in Summa 80 Mark in die Tasche gesteckt und dann nichts mehr von sie heraus lassen. Ich habe das mir der bewohnten Absicht getan, den Einbruch zu verhindern, daß Herr Wollmann diese Eintrittsgelder unterdrückt habe, wodurch ich wußte, daß ich solche Behauptung nicht begründen kann.“

Zu der Behauptung gab mir lediglich der Umstand Anlaß, daß ich damals die Versammlung fand übrigens nicht im Jahre 1897, sondern 1899 statt, ein Mitgliedsbuch nicht in die Hände bekam. Ich habe aber erneut, daß mein Mitgliedsbuch bei dem Kassierer des Graphischen Werkenbergs, zu welcher die Annaburger Mitglieder gehörten, zum Zwecke der Beitragsabrechnung lagerte, und daß mir das Buch auf mein Geschäft jederzeit zur Verfügung gestanden hätte.

Ich lebe ein, daß meine Aufschuldigung um so bärlicher ist, als ich als Mitglied zweier Vereine, des Steigervereins und des Gewerkschafts (G.D.), sehr wohl weiß, wie etwaige Fehler oder Nachlässigkeiten von Betriebsvertrauenspersonen vorrätig werden können, und als mir die Akten für den Reichsverbund damals wohl bekannt waren, und als immer ich mich gar nicht um die Erlangung eines Mitgliedsbuchs bemüht habe.

Ich habe für meine schwere Aufschuldigung Herrn Wollmann am Verfahre gebeten und nehme diese Aufschuldigung hiermit öffentlich zurück.

Annaburg, den 23. Februar 1908. August Scobel.

Trotzdem dürfte dieselbe schriftliche Verleumdung in der nächsten Ausgabe des Handbuchs des Reichsverbundes wahrscheinlich ihre Aufrichtigkeit bestreiten.

Bataille.

Für die Verschmelzung.

Der Nahrungsmittelverbände erklärt sich eine Versammlung der bisher organisierten Bäder.

Die Generalversammlung des deutschen Zeichnerverbandes findet demnächst hier statt. Da der Verband deutscher Musterzeichner gleichzeitig in Dresden seine Generalversammlung abhält, haben die beiden Vorsitzen die Einberufung eines allgemeinen Zeichner-tages vereinbart.

Umland.

Eine neue Herausforderung der handgewerblichen Arbeiterschaft durch die Unternehmer ist in Berlin in Aussicht genommen. Der Verband der Baumärkte von Berlin und Vororten (E. B.) hat zu heute nochmals nach dem Architektenhaus eine außerordentliche Generalkonferenz einberufen. Auf der Tagesordnung steht als wichtigste Angelegenheit und zwar als Punkt 2: „Mit Rücksicht auf das zahlreiche Angebot von Arbeitskräften zu einem Stundenlohn von 65 Pf. je 80 Pf. und darüber, und mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Verbandsmitglieder gegenüber den dem Verband nicht angehörenden Baumärkten, den Stundenlohn der Maurer und Zimmergesellen, sowie denjenigen der Bauhilfsarbeiter noch einmal herabzulegen.“ Zum Schluß heißt es in der Einladung: „Die unter Nr. 2 der Tagesordnung zur Besprechung stehende Angelegenheit für das Baumärkte Groß-Berlin von größerer Bedeutung. Der Gleichausgleich erwartet dementsprechend, daß jedes Verbandsmitglied an dieser Generalversammlung teilnehmen wird.“

Der paritätische Arbeitsnachweis im Steinzeuggewerbe ist für Berlin geschafft. Am Freitag tagte die paritätische Schlichtungskommission, um sich mit dem paritätischen Arbeitsnachweis zu beschäftigen. Es wurde beschlossen, daß derselbe am Montag den 9. März eröffnet wird und daß dann im dreieckigen Umkreis von Berlin Umschau nach Arbeit nicht galäufig ist.

Grenzstreitigkeiten.

Während dem Verband der Seeleute und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer waren aus Anlaß von Grenzstreitigkeiten unangemessene Belägerungen entstanden. Diese sind jetzt in einer Konferenz unter Mitwirkung der Generalkommission durch folgende Vereinbarung beigelegt: 1. Der Zentralverband der sächsischen Arbeiter Deutschlands ist die zuständige Organisation für alle Personen des Maschinenpersonals, soweit sie der Seemannsordnung unterstellt sind. 2. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hingegen ist die zuständige Organisation für alle Maschinisten und Heizer in allen Teilen der Seefahrt. 3. Der jetzige Verstand auf Helsingor der Seefahrt bleibt jedoch dem Verband der Maschinisten und Heizer gewahrt und darf von beiden Seiten kein Druck ausgeübt werden, um Übereinkünfte zu erzwingen. 4. Werden Lohnbewegungen in der Hochseefahrt geplant, so sind sie gemeinsam von beiden Verbänden vorzubereiten und durchzuführen. 5. Sämtliche Funktionäre beider Verbände sind gehalten, vorstehende Bestimmungen strikt zu beachten.

zur Verschmelzungfrage

mit dem Verband der Bureauangestellten nahm ein Beiratstag der Verwaltungsbüroangestellten der Krankenkassen Sachsen in Leipzig Stellung. Prinzipspielt erklärte man sich mit dem Statutenentwurf der dem Verbandsstage in Berlin demächtig vorgelegten und die Eingang beider Verbände herbeiführen soll, einverstanden. Einige Anträge auf Änderung der vorgeschlagenen Statuten wurden angenommen, so, daß der neue Verband: Verband der Bureauangestellten heißen soll; der Monatsbeitrag für Mitglieder über 20 Jahre soll auf 1,20 M. statt auf 1 M. festgelegt werden, dafür müsse der Sonderbeitrag für den Verbandsstag wegfallen usw.

Gleichzeitig beschäftigte man sich mit der Schaffung einer sozialistischen Pensionsskasse. Wenn man auch die Schwierigkeiten nicht unterschätzt, erklärte man sich doch prinzipiell für Errichtung einer solchen, sei es auch erst in später Zeit.

In Sachsen habe eine Anzahl von Ortskrankenkassen den Tarifvertrag des Verbandes angenommen, wenn auch noch viel weniger Mitglieder gegenüber 527 im Jahre 1907. Zu Delegierten

für den Verbandsstag wurden gewählt: Kreis-Wurzen, Rödental-Chebnitz, Thale-Nadeben, Walther-Meerane, Lubitz-Plauen, Eichhorn-Röpichenbroda.

Doch wah!

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen eine Notiz „Naum glaublich!“, in der wir einen Bericht bürgerlicher Blätter über Aussagen Nechbäters vor Gericht als kaum glaublich hinstellten. Auf einer aus von der Redaktion der Pfälzischen Post überstandenen Nummer mit dem Prozeßbericht erschien wie leider die Richtigkeit des von uns angezeigten Nechbäters hat also wirklich die Taktlosigkeit begangen, vor Gericht sich in der wiedergegebenen Weise über die Sozialdemokratie und ihre Ziele zu äußern. Wir hatten es trotz allem Vorangegangenen nicht für möglich gehalten,

den Einbruch zu erwarten, daß Herr Wollmann diese Eintrittsgelder unterdrückt habe, wodurch ich wußte, daß ich solche Behauptung nicht

Soziales.

Die Kergelconflikte.

s. * Die Differenzen zwischen den Kergeln und Krankenlassen sind keineswegs im Abnehmen begriffen. Das vom Verband der Kergel Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen herausgegebene Verzeichnis der Orte, nach welchen die Kergel den Zugang vermeiden sollen, enthält gegenwärtig 128 verachtbare Orte. Früher war die Zahl erheblich geringer. Unter den Orten befindet sich eine Reihe großer Städte, wie Bremerhaven, Bremen, alle o. S., Kiel, Münster a. N., Mülheim a. S., Essendebach o. W., Spandau, Stettin, Wiesbaden usw. Sächsische Orte befinden sich fünf darunter, und zwar Riesa a. E., Strehla a. E., Waldheim, Wiederau und Zittau. Hinsichtlich des zuletzt gedachten Ortes handelt es sich bei den Differenzen um die Beleidigung der Zulassung nicht statthaft approbierten Personen zur Behandlung kranken Mannes. Nach Strehla war vor der zuständigen Krankenkasse ein weiterer Arzt geholt worden, der aber nach Ansicht der vorhandenen Kergel unmöglich sein sollte. Unter den Orten, mit denen Konflikte bestehen, befinden sich nicht nur Ortskrankenkassen, sondern fast vorwiegend Betriebs- und staatliche Krankenkassen. So handelt es sich in Hamburg um einen Konflikt mit der Betriebskrankenkasse für Staatsangehörige (1), in Stettin um einen Konflikt mit der Betriebskrankenkasse des Werkes Bielen, in Cottbus um Differenzen mit dem Knapphartsverein, in Düsseldorf um einen Konflikt mit dem Walzwerk. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich unter den ausgesuchten Orten des Verzeichnisses mit der Überschrift „Cavette collegae“ auch jüdische befinden, bei welchen es den Kergeln nur um Fernhaltung unliebsamer Konkurrenz zu tun ist.

Volkswirtschaft.

Der Welt-Gummimöllerbrand ist vom amerikanischen Export in Mandat für das mit dem 1. Juli 1907 ablaufende Jahr festgestellt worden. Damals hat produziert:

Groß-Britannien	3.462.822 Ballen,
Vereinigte Staaten	4.987.000
Deutschland	1.688.161
Frankreich	923.423
Schweiz	89.380
Japan	1.068.600
Russland	540.000

Sehr interessante Einsichten über Arten in der Baumwollfabrikation der einzelnen Länder geben die Zahlen der in Tätigkeit befindliche gewerblichen Spindeln, während die in Flammere befindlichen Zahlen sich auf die in den betreffenden Ländern überhaupt vorhandenen Spindeln beziehen.

Groß-Britannien	43.154.713 (rund 50 Millionen)
Der. Staaten	26.242.000 (rund 50 Millionen)
Deutschland	9.191.940 (9.339.448)
Japan	1.386.717 (1.483.473)

Die geringe Anzahl der Spindeln für Japan erklärt sich daraus, daß in Japan noch sehr viel Baumwolle ohne moderne Maschinenarbeit hergestellt wird.

Januar waren in dem genannten Jahre, Juli 1906 bis Juli 1907 auf der ganzen Welt von rund 114 Millionen Spindeln rund 100 Millionen in Betrieb.

Die Kohlenförderung.

In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses gab der Eisenbahminister höhere Auskunft über die Bedingungen, in denen die Eisenbahnverwaltung ihre Kohlenabschläge für das Jahr 1908 gemacht hat. Der Minister hob hervor, daß die Deckung des Kohlenbedarfs diesmal ganz besonders schwierig gewesen sei. Das kann ohne weiteres als richtig zugestanden werden. Um so auffallender muß aber das Resultat erscheinen, mit dem die Verhandlungen geendet haben. Die Eisenbahnverwaltung hat auf der ganzen Linie nicht nur für 1908, sondern auch schon für 1909 und 1910 höhere Preise bewilligt als bisher. Die Abschläge ergeben für die einzelnen Kohlenreviere folgende Tonnenpreise im Markt:

	1882	1907	1908
Mährisch	5,40	11,37	12,68
Saareifel	9,40	14,70	15,50
Oberlausitz	5,60	11,46	12,36
Niederschlesien	9,40	12,69	13,94

Mit Ausnahme der ersten Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg ist seit 1870 noch in keinem Jahre ein so hoher Gesamt durchschnittspreis bezahlt worden wie für die Jahre 1908/10.

Es fragt sich, ob die Konsumanten sich den Willen der Syndikate aufzwingen lassen oder nicht. Daß die mittleren und kleinere Konsumanten, so lange sie den Syndikaten foliert gegenüberstehen, wenig oder mehr nichts ausrichten können, dürfte nicht bestritten werden. Ganz anders liegt es aber bei den Konsumanten wie der preußischen Eisenbahnverwaltung, die nicht der Eisenindustrie den jährlichen Kohlenbedarf, und worin sie der Eisenindustrie noch überlegen ist, einen in einer Hand konzentrierten Kohlenbedarf hat. Der gesamte Kohlen-, Kohls- und Brilebedarf der preußischen Eisenbahnen beträgt gegenwärtig circa 3. bis 10 Millionen Tonnen, wovauf Steinkohle allein über 8 Millionen entfallen. Vereinigt man einen solchen Bedarf in einer Hand, so hat man den Kohlenhändlern gegenüber eine Wucht, die rezipiert werden muß und wird. Wenn nun ein solches Konkurrenz in einem Jahre wie dem letzten auf die in Aussicht genommenen Preisverhältnisse der Kohlenhändlere einginge, in dem übrigen Konsum zuvor kommt, so ist es für die übrigen Kohlenverbraucher schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich, noch irgendwie mit Preisermäßigungen zu rechnen. War man zu jener Zeit, als die Eisenbahnverwaltung die neuen höheren Preise bewilligte, die Wertschätzung so, daß auf die höheren Preise eingegangen werden mußte? Es wäre noch zu verstehen gewesen, wenn die alten Preise neuwertig worden wären, aber zu einer Bewilligung höherer Preise lag kein Grund vor. Der Eisenbahminister sagt, die Verhandlungen schwiegen seit Juli 1907: Nun gut: seit Juli 1907 konnte dem, der nicht nur die heutige Marktlage des Kohlenbergbaues, sondern die Wirtschaftslage überhaupt aumerksam und eingehend verfolgte, ein Radikalismus des Konjunktur nicht zweifelhaft sein. Der Rückgang des Absatzes im Eisenbau mußte seine Wirkungen auf den Kohlenmarkt aus-

Parteiangelegenheiten.

Warung!

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Russlands teilt uns mit, daß das bisher totgelaufene frühere Mitglied der Petersburger Militärorganisation, Boleslaw Brodsky, gegenwärtig als Kochspiegel im Auslande weilte und Eingang in Kreise russischer Genossen zu erlangen sucht. Brodsky ist hochgewachsen, brünett, 22 Jahre alt, von hübschem Aussehen und leicht jüdischem Typus.

Strafprozeß der Presse.

Genosse Steinlaß vom Volksblatt für Bochum hat das Centralgericht zu Bochum aufsuchen müssen, um dort 19 Tage zur Abföhlung zweier angeblicher Verleidigungen zu verbringen. Wegen angeblicher Verleidigung des demokratischen Gemeinderatsmitgliedes Simonet, dessen die Gemeinde beschäftigende Grundstücke gehörende Iritiusser worden waren, ist Genosse Jean Martin von der Müllhauser Volkszeitung von dem Schiedsgericht zu Müllhausen zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Kläger Simonet erhält auf Widerklage 50 M. Geldstrafe publiziert.

Genosse Quint von der Volksstimme zu Frankfurt a. M. wurde von der Strafkommission zu Frankfurt a. M. mit 25 M. Geldstrafe belegt, weil er das Verhören eines Schwabenheimer Gemeindebeamten gerügt hatte, der mit „Juden“ handgreiflichen Erziehung“ Geständnisse von Kindern zu erheben suchte.

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

— — — — —

